

RESOLUTION DES STUDENTENPARLAMENTS VOM 27. 11. 1967

Am 25. 11. 1967 fand im Zoo-Gesellschaftshaus eine Kundgebung der NPD mit Adolf von Thadden statt. Eine Gegendemonstration antifaschistischer Gruppen wurde vom Polizeipräsidenten verboten. Zur Begründung führte er an:

- 1) "Die öffentliche Sicherheit und Ordnung" würde "unmittelbar" gefährdet.
- 2) Könnten "durch die Vollzugspolizei ... mögliche Gefährdungen von Leben und Gesundheit nicht ausgeschlossen werden".

Beide Gründe sind lediglich Vorwand, denn bei keiner Demonstration kann die Polizei beides mit Sicherheit ausschließen. Die extensive Auslegung des § 1 HSOG wird dazu verwandt, das im Grundgesetz verankerte Rechtsgut der Meinungs- und Informationsfreiheit praktisch zu negieren.

Am selben Tage suspendierte der Rektor den SDS, eine aktive Gruppe der außerparlamentarischen Opposition, weil sie ein Go-In in eine Vorlesung des Bundesratsministers Prof. Carlo Schmid veranstaltete, um mit ihm die Notstandsgesetze zu diskutieren.

Dem steht gegenüber:

- 1) Während der NPD-Veranstaltung hat die Polizei nichts unternommen, Teilnehmer zu schützen, die ihrem Mißfallen Ausdruck gaben und deshalb von NPD-Schlägertrupps, die Adolf von Thadden vom Rednerpult aus dirigierte, aus dem Saal geworfen und zum Teil zusammengeschlagen wurden.
- 2) Am selben Abend drang ein Schlägertrupp in den Club Voltaire ein, schlug Gäste zusammen und demolierte die Einrichtung.
- 3) Am Abend des 27.-11. wurde wieder ein Anschlag auf den Club Voltaire verübt, diesmal mit einer eisen sogenannten Molotow-Cocktail ähnlichen Bombe, die einen Brand auslöste. Dieser Anschlag war schon am Samstag zuvor telephonisch von einer sich "Nationale Kräfte Frankfurts" nennenden Gruppe angekündigt worden. Die Polizei hat nichts unternommen, den Club zu schützen.

Das Studentenparlament protestiert auf das schärfste gegen die einseitige Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen durch die Behörden der Stadt zugunsten der NPD und gegen die außerparlamentarische Opposition, zu deren Schutz vor faschistischem Terror sie nichts unternehmen. Die Maßnahmen der Frankfurter Administration und des Rektors gegen Gruppen der außerparlamentarischen Opposition sind geeignet, den Terror des "rechtsradikalismus" zusätzlich zu unterstützen.

AM FREITAG, DEN 1.12.1967, FINDET UM 21 UHR IM CLUB VOLTAIRE EINE DISKUSSION ÜBER DIE EREIGNISSE IN FRANKFURT IN DER VERGANGENEN WOCHE, DIE ANGEDROHTEN UND ERFOLGTEN ANSCHLÄGE AUF DEN CLUB VOLTAIRE UND DIE GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN TENDENZEN, AUS DENEN SIE RESULTIEREN, STATT!